Nr. 28a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
17. Januar 1902

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

6. Sitzung vom 16. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Rheinbaben, Dr. Studt, Möller, später Graf Bülow.

Auf der Tagesordnung steht die **erste Berathung des Staatshaushaltsetats.**

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (cons.):

Die allgemeine wirthschaftliche Lage hat es mit sich gebracht, daß wir sehr besorgt in die Zukunft blicken müssen. Wir haben bereits im vorigen Jahre auf die Anzeichen des Niederganges hingewiesen. Gewiß haben zu der schlechten Lage unserer Industrie auch die Verhältnisse im Auslande beigetragen, sicher ist aber ebenfalls, daß auch die Kaufkraft des Inlandes abgenommen. Handel und Wandel haben ebenso abgenommen. Durch die Bankkrache ist das Vertrauen der Bevölkerung in die großen Banken erschüttert worden. Es hat sich gezeigt, daß die Staatsaufsicht in dieser Hinsicht nicht scharf genug war. Wir werden, um hier Besserung zu schaffen, noch Anträge stellen. Die Verhältnisse in der Landwirthschaft haben sich noch trauriger gestaltet. Wir sehen das aus dem Rückgang der Pachten um 25 Prozent. Stellenweise erzielt die Landwirthschaft theilweise überhaupt nichts mehr. Die Preise für die landwirthschaftlichen Produkte sind noch weiter zurückgegangen. Es wird in erster Linie nöthig sein, die Preise für Körnerfrucht zu heben. Ohne in die Kompetenzen des Reichstages eingreifen zu wollen, kann ich hier wohl sagen, daß uns die Berathungen der Zolltarifvorlage mit großen Besorgnissen erfüllen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine „wesentliche Erhöhung" nöthig ist. Wir hoffen, daß die preußische Regierung im Bundesrath entschieden für die Interessen der Landwirthschaft eintritt, wir bitten die Regierung, den Bestrebungen, die darauf hinzielen, den Zollschutz zu der Vorlage zu erhöhen, Wohlwollen entgegen zu bringen. Die angesetzten Zölle genügen nicht. Wir hoffen, daß die Kleinbahnvorlage bald kommt. Industrie und Landwirthschaft wird damit in gleicher Weise geholfen. Sehr zweifelhaft ist es mir, ob die Balanzirung des Etats, wie sie vorgesehen ist, sich verwirklichen läßt. Die Einnahmen aus den direkten Steuern scheinen mir zu hoch angesetzt zu sein. Bedauerlich ist unser finanzielles Verhältniß zum Reich. Schon das vorhergehende Schwanken wirkt unheilvoll. Wir meinen, daß auf diesem Gebiete Wandel geschaffen werden muß; der jetzige Zustand ist für das Reich und Preußen gefahrlich. Ich wünsche, daß der Einfluß des Finanzministeriums auf die übrigen Verwaltungen derselbe bleibt wie in den letzten zehn Jahren; es muß Sparsamkeit walten. In der Tarifvorlage wird deshalb auch große Vorsicht walten müssen. Wir ersuchen die Regierung, mit aller Energie denjenigen Bestrebungen entgegenzutreten, die darauf abzielen, die Verhandlungen über die Zollvorlage im Reichstage zu verschleppen, daß nichts dabei herauskommt. Wir empfehlen der Regierung, die Handelsverträge einfach zu kündigen. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links.) Wir sind dem Finanzminister dankbar, daß er die Summen für den Bau der schlesischen Wasserleitung bewilligt hat. Mit Aussetzung der Mittel für veterinärpolizeiliche Zwecke sind wir einverstanden, diese Summe kommt allen Kreisen zu Gute. Sonst scheint uns aber von dem Herrn Landwirthschaftsminister noch nicht genug gethan zu sein. Für die Summe zur Errichtung einer Milchuntersuchungsinspektion treten wir gern ein. Ob der Regierungspräsident immer hier die Leitung haben soll, weiß ich nicht. Vielleicht könnten hierzu auch tüchtige Vertreter der Selbstverwaltung herangezogen werden. Der Dispositionsfonds erscheint mir nicht hoch genug. Ich kann mir nicht vorstellen, hier eines Mannes zu gedenken, der aus unserer Mitte geschieden ist. Dieser Etat zeigt uns, was Herr v. Miquel für unser Staatswesen gethan hat. Ich freue mich auch, daß auch der Finanzminister anerkannt hat, was Miquel für die preußische Steuerreform gethan hat. Vielfach riesige Aufgaben hat er gelöst. Wir sind nicht mit allem einverstanden, was er gethan hat, das kann uns aber nicht hindern, anzuerkennen, was er gethan hat. (Beifall rechts.) An der Elle der Partei kann seine Bedeutung nicht gemessen werden. (Lebhafter Beifall.) Was er auf dem Gebiete der preußischen Finanz- und Agrarpolitik und des Staatsgedankens geleistet hat, das ist ein großer Segen für unser Volk. (Lebhafter Beifall.)

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Die Worte der Anerkennung für den verstorbenen Finanzminister Dr. v. Miquel kann ich als sein Nachfolger nur unterschreiben. Herr v. Heydebrand brachte die preußischen Finanzen in eine engere Verbindung mit den Reichsfinanzen. Ich muß mir in dieser Beziehung eine große Reserve auferlegen. Wir haben immer daran festgehalten, daß die Angelegenheiten Preußens nicht vor das Forum des Reiches gezogen werden. Das verpflichtet aber mich zu einer größeren Zurückhaltung in den Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit des Reiches gehören. Wenn nun die Aufforderung an mich gerichtet ist, für den Zollschutz einzutreten, den die verbündeten Regierungen für die Landwirthschaft vorgeschlagen haben, so ist es ganz selbstverständlich, daß wir mit allem Nachdruck vertreten, was wir vorgeschlagen haben. (Beifall.) Sie wissen, wie in der Presse ein hoher Reichsbeamter gegen den anderen ausgespielt wurde. Sie wissen, wie es so darzustellen versucht wurde, als ob in der Reichsregierung nicht nur Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des Zolltarifes, sondern schwerwiegende Differenzen über grundsätzliche Fragen beständen. Sie wissen weiter, wie alle diese Ausstreuungen sich als nichtig erwiesen haben. Die verbündeten Regierungen haben sich mit aller Bestimmtheit für die Zollvorlage erklärt; wir haben sie von vornherein unterstützt; es ist also auch ganz selbstverständlich, daß wir diese Vorlage mit allem Nachdruck vertreten. (Beifall.) Wenn dann aber Herr v. Heydebrand an die preußische Regierung die Aufforderung gerichtet hat, noch über die Vorschläge hinauszugehen, die die verbündeten Regierungen gemacht haben, so kann ich im Namen der preußischen Regierung eine bestimmte Erklärung in dieser Beziehung nicht abgeben. Ich warne aber vor dem Versuch, die verbündeten Regierungen weiter zu drängen, als sie selber vorgeschlagen haben. Sie wissen, wie außerordentlich schwierig es ist, eine Einigung über einen Zolltarif zu erlangen, und daß eine solche Vorlage nur zu Stande kommen kann, wenn man die Interessen der Landwirthschaft und Industrie, von industriellen und landwirthschaftlichen Arbeitern, von Produzenten und Konsumenten richtig gegen einander abwägt und ausgleichen versucht, wenn man eine Mittellinie zwischen den widerstreitenden Interessen zu ziehen unternimmt. (Bewegung.) (Ministerpräsident Graf v. Bülow erscheint im Saal.) Denn wenn man darüber hinausgeht, so gefährdet man damit auch das, was die Vorlage für die Landwirthschaft enthält. (Sehr richtig!) Herr v. Heydebrand bemängelte den Voranschlag. Der Finanzminister ist in dieser Beziehung mehr oder minder auf die Berechnung der anderen Verwaltungen angewiesen. Die anderen Verwaltungen sind vielfach allein im Stande, anzugeben, wie hoch die Einnahmen ihrer Betriebe sich voraussichtlich im kommenden Jahre belaufen werden. Ich habe aber bereits in meiner einleitenden Rede ausgeführt, daß ich Zweifel hatte, ob die Eisenbahneinnahmen nicht noch zu hoch angenommen wären, und diese Befürchtung wird durch das Ergebniß der letzten Wochen verstärkt. Im Uebrigen, glaube ich, habe ich aber doch die Einnahmen vorsichtig veranschlagt. Ich habe die Steuereinnahmen zum Theil nicht erhöht, sondern zum Theil nur mit dem bisherigen Satze in den Etat eingestellt. Der Verlängerung der Rückfahrkarten habe ich nicht ohne Bedenken entgegengesehen; ich habe aber meine Zustimmung doch ertheilt, weil ich glaube, daß ein erheblicher Ausfall aus dieser Maßnahme nicht zu erwarten ist. Die Berathungen haben zu der Ueberzeugung geführt, daß ein wesentlicher Einnahmeausfall nicht zu erwarten steht. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Verlängerung für das Publikum eine sehr große Wohlfahrt bedeutet. (Sehr richtig!) Es war in den Personentarifen ein so verwickeltes System allmälig herausgebildet, daß es vom Publikum nicht mehr verstanden wurde und schließlich auch von der Eisenbahnverwaltung nicht mehr. Dieses System erfordert eine große Arbeit. Dann hat Herr v. Heydebrand den Wunsch ausgesprochen, daß die Finanzverwaltung sich die Selbstständigkeit erhalten möge, die sie unter Herrn v. Miquel erworben hat. Ich kann nur zusagen, daß ich mich im Rahmen der Finanzpolitik meines Amtsvorgängers halten werde und mich nach Kräften bemühen, allen an mich herantretenden Wünschen, so weit es geht, zu genügen und dem wirthschaftlichen Interesse Rechnung zu tragen; aber ich werde mich auch nicht abhalten lassen, Nein zu sagen, wenn ich meine, daß die Sicherheit der preußischen Finanzen dadurch gefährdet wird. Die Herren, die glauben, daß ich kein zu weicher Finanzminister sei, sollen sich nicht geirrt haben. Ueber einen Finanzminister wird der Stab sehr leicht gebrochen; erfüllt er die herantretenden Wünsche nicht, so wird gescholten; erfüllt er sie aber und zieht die Konsequenz, neue Steuern, daraus, um diese Ausgaben zu decken, so wird erst recht der Stab über ihn gebrochen. Deshalb können nicht alle Wünsche erfüllt werden; denn das Rezept habe ich noch nicht gefunden, neue Ausgaben ohne neue Einnahmen zu gewähren. Wer mir das Rezept verschreibt, dem bezahle ich einen Thaler. (Große Heiterkeit.) Ich werde die Wünsche, die von den Parteien an mich herantreten, eingehend prüfen und, soweit es geht, auch berücksichtigen. Wenn ich Wünsche zurückstellen bitte, so seien Sie überzeugt, daß die Finanzlage es erfordert! Unterstützen Sie mich darin, unsere Finanzlage gut und gesichert aufrechtzuerhalten! (Beifall.)

Abg. **Frizen**-Borken (Ctr.):

Der warmen Anerkennung für den verstorbenen Finanzminister Dr. v. Miquel schließe ich mich vollkommen an. Der hervorstechende Charakterzug der gegenwärtigen Wirthschaftslage ist das Darniederliegen der Landwirthschaft. Besonders kennzeichnet das sich auch durch das Darniederliegen ihrer beiden hauptsächlichsten Nebengewerbe, der Zuckerfabrikation und Spiritusbrennerei. Die Erzeugnisse dieser beiden Industrien haben einen Preissturz erlebt wie keine andere Industrie. (Beifall.) Ich will mich in die Reichsangelegenheiten nicht mischen, ich muß aber sagen, wenn der Reichstag den Zolltarif nicht verabschiedet, so wird das nicht blos eine allgemeine Enttäuschung hervorrufen, sondern auch das Ansehen des Reichstages schwer schädigen. (Sehr richtig!) Die Industrie und ihre Kartelle haben nicht ganz einwandsfrei gehandelt. Das Kohlensyndikat hatte schon im Frühjahr die Preise herabsetzen müssen, um der nothleidenden Industrie zu helfen. (Beifall.) Nach meiner Ansicht hätte die Regierung ruhig dazu übergehen können, im Ruhrkohlenrevier Felder zu erwerben, um dann auf das Syndikat den nöthigen Druck ausüben zu können. Zu der Textilindustrie dürfte in den nächsten Jahren ein Rückgang entstehen. Dafür muß der inländische Markt erweitert werden. Um der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, muß ein Arbeitsnachweis über das ganze Land geschaffen werden. Es hat mich sehr gefreut, daß das Provinzialdotationsgesetz bald vorgelegt werden soll. Die westlichen Provinzen taxirt man oft bezüglich ihrer Einnahmen zu hoch, trotzdem können wir es nicht für unbillig halten, wenn der Osten besser bedacht wird als der Westen. Zur selben Zeit, da der Herr Finanzminister über das finanzielle Verhältniß zum Reiche sprach, hat darüber ein Freund von mir im Reichstage gesprochen, ich kann auf diese Ausführungen hier verweisen. Wir hatten den Augenblick einer Finanzreform für noch nicht gekommen, da dann neue neue Steuern, wie Bier- oder Zuckersteuer, bewilligt werden müßten. Wir sind gegen die Erhöhung des Dispositionsfonds, wenn er zur freien Verfügung der Oberpräsidenten gestellt wird. Wir wollen wissen, was mit dem Gelde geschieht. Ich freue mich, daß die Zahl der Richter vermehrt werden soll. Es freut mich ebenso, daß für die Staatsanwaltschaft mehr gethan ist. Es freut mich, daß für die Landwirthschaft mehr gethan ist, besonders bezüglich des Meliorationswesens. Bedauerlich ist, daß die Melioration noch immer nicht von einer Behörde ausgeführt wird, sondern von drei verschiedenen Behörden. Es ist unbedingt nöthig, diese Arbeiten in einer Hand zu vereinigen, ich halte die Generalkommission für die geeignetste Stelle dafür. Ich freue mich, daß für die Eisenbahnverwaltung und Bauverwaltung große Mittel ausgeworfen sind, und hoffe, daß uns bald eine Sekundärbahnvorlage vorgelegt wird. Dem Kultusminister bin ich dankbar, daß er der Akademie Münster eine juristische Fakultät angliedern will. Es ist jetzt viel vom Vorschlagsrecht der Universitäten gesprochen. Dies Vorschlagsrecht der Fakultäten darf aber nicht zum Kooptationsrecht werden. Ich bedauere, daß noch keine Forderungen für Haushaltungsschulen an uns gelangt sind. (Beifall im Centrum.)

Kultusminister Dr. **Studt**:

Für das Schuldotationsgesetz werden sorgfältige Vorbereitungen getroffen. Wir halten es für nöthig, daß die Verschiedenartigkeit in den Leistungen der Gemeinden beseitigt wird; das bisherige System hat dahin geführt, daß gerade die am wenigsten leistungsfähigen Gemeinden am meisten leisten müssen. Wir sind bemüht, diese außerordentlich wichtige Frage zu lösen. Ueber die Krankenpflegeorden sind wir bemüht, legislative Bestimmungen zu treffen.

Handelsminister **Möller**:

Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich falschen Nachrichten über den Erwerb der Kohlenbergwerke im Ruhrgebiet nicht entgegengetreten sei. Das ist durchaus unberechtigt. Ich habe sofort, als ein gewisser Abschluß erzielt war, Mittheilung gemacht, damit den Manipulationen der Spekulanten entgegengetreten werde.

Abg. **Nölle** (natl.):

Sehr bemerkenswerth ist, daß die Stempelsteuer auf die Höhe von 1898 zurückgegangen ist; es ist dies ein vorzüglicher Gradmesser für die Intensität des wirthschaftlichen Lebens. Ob sich das große Extraordinarium wird balanciren lassen, erscheint mir zweifelhaft. Ich bin von meinen Freunden ausdrücklich beauftragt worden, darauf hinzuweisen, daß wir die jetzige günstige finanzielle Lage des preußischen Staates in erster Linie der Finanzpolitik Miquels verdanken. Er hat uns lange nahe gestanden, wir erinnern uns heute der vorübergängigen Verdienste, die Miquel vor und nach der Einigung unseres Vaterlandes um den Staat gehabt hat. Als es sich dann zu der hohen Würde des Vizepräsidenten des Staatsministeriums erhoben hatte, waren wir oft in der Lage, manchen seiner politischen Maßregeln entgegenzuarbeiten. Ich habe hier im Auftrage meiner politischen Freunde ausdrücklich anzuerkennen, welche Verdienste er um die preußischen Finanzen hat. Er hat die Einkommensteuer auf den Grundsätzen der ausgleichenden Gerechtigkeit aufgebaut. Er hat die zwangsweise Tilgung der Schulden eingeführt und das außerordentlich schwierige **Komptabilitätsgesetz** geschaffen. Das sind so zuvergängliche Verdienste, daß ich es für meine Pflicht halte, dies hier ausdrücklich zu erklären. Ich hoffe, daß der Pessimismus, den man bezüglich des Zustandekommens der Zolltarifvorlage an den Tag gelegt hat, nicht berechtigt ist. Nach meiner Ansicht kommt es in erster Linie auf den Reichstag an, weniger auf den Bundesrath. Freudig erkenne ich an, daß 3 Millionen ausgegeben sind, um den Nothstand zu lindern. Hoffentlich erhalten wir bald die Denkschrift über das Kreisarztgesetz. Der Maßnahme, die Akademie Münster in eine Universität umzuwandeln, stimmen meine Freunde zu; wir hätten gewünscht, daß neben der Einrichtung der juristischen Fakultät auch noch die einer evangelisch-katholischen (Heiterkeit) pardon! — evangelisch-theologischen in Aussicht genommen wäre. Die Universität Münster ist bisher vernachlässigt. Wir freuen uns besonders über die Förderung des gewerblichen Schulwesens. Unsere Industrie, unser Handel können ohne ein gutes gewerbliches Schulwesen nicht auf der Höhe bleiben. Das haben die Gewerbetreibenden erkannt. In Köln ist aus einer hochherzigen Stiftung eine Handelshochschule errichtet, ebenso in Frankfurt a. M. Die Organisation der juristischen Rangordnung läßt zu wünschen übrig; ich erinnere nur an die vielen Wünsche, die sich an den Staatsanwaltschaftsrath knüpfen. Die Mißgriffe der Polizeiverwaltungen mehren sich; wir erinnern an den Elberfelder Fall Kuhlenkampf und den Dortmunder Fall des Redakteurs Brodenbeck. Sind das Verfehlungen Einzelner oder des Systems? Unsere Interpellation über den Fall Kuhlenkampf wird Gelegenheit geben, das eingehender zu erörtern. In meiner Heimath, dem Sauerland, wird die Einrichtung der Rückfahrkartenverlängerung besonders wohlthuend empfunden. Noch aber ist der Ausbau des Bahnnetzes ein dringendes Bedürfniß. Dabei darf man in der Verminderung des Personals doch nicht zu weit gehen, daß eine Gefahr für die Betriebssicherheit entsteht. Wir bedauern, daß der Fonds für die Betriebssicherheit erhöht. Wir bedauern, daß der Fonds für Grunderwerb in diesem Jahre so klein ist. Die Eisenbahnverwaltung muß zeitig zugreifen, sonst wird das nöthige Gelände durch Spekulation über Gebühr vertheuert. Wir sind daher für eine Vermehrung des Dispositionsfonds des Eisenbahnministers, damit er rechtzeitig und unter der Hand Gelände aufkaufen kann, ehe die Spekulanten Wind davon erhalten. In der Budgetkommission erzählte einst der Eisenbahnminister mit vielem Behagen, daß er sein altes Eisen theurer hätte verkaufen können, als die fertige neue Waare galt. Es ist das ein Beweis für seine Geschäftstüchtigkeit. Wenn Dr. v. Miquel unsere Finanzen auf diesen gesteigerten Standpunkt gehoben hat, so ist ihm das wesentlich dadurch erleichtert, daß er einen Eisenbahnminister neben sich hatte, der einen guten kaufmännischen Scharfsinn mit genauer Sachkenntniß verband. (Zustimmung.) Meine politischen Freunde können nur ihre Befriedigung darüber aussprechen, daß die frühere Vorlage meiner Freunde v. Ennern und Dr. Friedberg den Erfolg hatte, daß jetzt ein Entwurf über die Provinzialdotationen angekündigt ist. Ein wesentlicher Schritt zur Förderung der Kommunalfinanzen würde die Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten und Offiziere sein. Ich verstehe die Bedenken nicht. Das Gesetz über die Regelung der Schulunterhaltungspflicht ist gleichfalls fällig. (Unruhe im Centrum und rechts.) Die Kreisschulinspektoren sind zu meiner Freude endlich vermehrt. Ein neuer Kulturkampf steht uns schwerlich bevor. Doch müssen wir davor warnen, der Kirche da einen zu weit gehenden Einfluß zu geben, wo es sich um reine Erziehungszwecke handelt. Das Fürsorgegesetz darf nicht dazu benutzt werden, die konfessionelle Erziehung zu verschärfen. Daraus entstehen lange Streitigkeiten, die die Entscheidung über die Unterbringung des Kindes verzögern. Das Centrum hat im Reichstage einen Toleranzantrag eingebracht. Seine Folge wäre eine völlige Trennung von Staat und Kirche. Wir sind ein gemischt konfessionelles Land, wir haben aber in langer geschichtlicher Entwickelung eine kräftige Staatskirche ausgebildet, die wir nicht ohne Weiteres beseitigen lassen können. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wenn dieser Antrag des Centrums im Reichstage wieder aufgenommen werden sollte, bitte ich die Regierung, die preußischen Stimmen gegen diesen Antrag im Bundesrathe abzugeben. Die Reichsfinanzverwaltung bedarf gewiß einer Besserung; sie greift auf die Finanzen der Einzelstaaten über. Wir können es ja vorläufig aushalten, weil wir die Eisenbahneinnahmen haben. Wir wünschten aber doch, daß die Eisenbahneinnahmen deutlicher von den allgemeinen Staatsfonds getrennt werden. (Sehr richtig.) Vielleicht empfiehlt sich die Bildung eines Ausgleichsfonds als Puffer für den Anprall der schlechten Zeiten. Wenn die neuen Bestrebungen des Ankaufes von Bergwerken im Westen der erste Schritt zu einer Verstaatlichung des gesammten Bergbaues sein sollten, so werden meine Freunde der Regierung entschieden entgegentreten. (Zustimmung.) Das Wichtigste in der Thronrede war die wasserwirthschaftliche Vorlage. Leider war sie nur nebenbei erwähnt, trotzdem sie für die Industrie des Westens durchaus ein Bedürfniß ist und der Landwirthschaft des Ostens zum großen Vortheile gereichen würde. (Beifall.) Diese Kanalvorlage ist ein eminent nationales Werk, ein Kulturwerk ersten Ranges. Gerade jetzt wäre ihre Inangriffnahme von besonderer Wichtigkeit, weil jetzt so viel Arbeitslosigkeit herrscht. (Bewegung.) Wird aus der Vorlage ein Steinchen herausgerissen, so fällt sie in sich zusammen, und es dürfte sich kein neuer Minister finden, der seine Arbeitskraft an diese Vorlage setzte. Vielleicht ließe sich aber eine Ergänzung finden, für Ostpreußen der masurische Kanal, für die Mosel die Regulirung und vielleicht neben der Emscherhochlinie auch die Lippelinie; als nöthig werden jetzt schon beide Linien angesehen. Graf Bülow hat für die Aeußerung eines fremden Staatsmannes im Reichstag den richtigen Ausdruck gefunden, ich hoffe, daß er auch hier für das feierliche Versprechen den richtigen Ausdruck findet. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Es wundert mich, daß noch keiner der Vorredner den plötzlichen Schluß des Abgeordnetenhauses im Sommer besprochen hat. Der Schluß erfolgte so plötzlich, daß die Beamten kaum die nöthigsten Arbeiten dafür fertig bekommen konnten. Jetzt fehlten plötzlich drei Minister, bei dem Abschiedsmahl waren sie noch gesund und froh zusammen. Wer hätte da geahnt, daß den drei Herren schon die leidene Schnur überbracht war (Heiterkeit), daß sie sich so plötzlich in Krankheitszustand erklären und nicht einmal eine Feder mehr rühren konnten? Ich kann nicht gerade finden, daß ein derartiges Abhalftern sehr schön sei. Da können Sie die Minister des parlamentarischen Systems beneiden; wenn diese abgehen, weiß doch Jedermann, warum. Hier weiß es Keiner. Bei uns sind eben die Minister wie Blumen auf dem Felde: Weht der Wind darüber, so sind sie nicht mehr, und ihre Stätte kennt man nicht; es sei denn, daß sie zu Oberpräsidenten ernannt werden. Aber der Verbrauch von Ministern ist jetzt stärker als der an Oberpräsidenten. (Heiterkeit.) Die konservativen Blätter haben ganz Recht, wenn sie sagen, wir hätten ein konservatives Ministerium mit einem kleinen nationalliberalen Einschlag bekommen; nur kann man diesen Einschlag mit bloßem Auge nicht sehen. Herr Möller ist nie ein Spielverderber gewesen. Herr v. Podbielski hat zwar gesagt, er wisse nicht, was ihm bevorstehe, aber als alter Soldat folge er dem Befehle seines Herrn. (Heiterkeit.) Herr v. Hammerstein ist in das Ministerium gekommen, man weiß nicht, wie und warum; aber er gehört einer Mecklenburger Familie an. Früher stellte Hannover die Minister, und jetzt scheint es Mecklenburg zu sein, das nicht gerade ein fruchtbarer Boden für den Liberalismus ist.

Herr v. Hammerstein hat gesagt, daß er sich in Koblenz als Referendar in die preußische Gesetzgebung eingearbeitet habe. Er kann also auf eine gewisse Schonzeit Anspruch machen. Die Kölnische Zeitung, ein regierungsfreundliches Blatt, sagt, er sei eine sehr energische Natur und werde die Landräthe auf Kandare halten. Herrn v. Rheinbaben sehe ich viel lieber als Finanzminister als als Genius für Theater und Minister für Nichtbestätigung von Beamten. Was ich gegen die Finanzpolitik des Herrn v. Miquel einzuwenden habe will ich hier nicht vorbringen, ich habe es früher oft genug gethan. Der neue Finanzminister hat uns eine Etatsrede gehalten — alle Achtung! So klar und übersichtlich wie diese haben wir lange keine Etatsrede gehört. Man hat danach eigentlich gar nicht nöthig, die dicken Bände des Etats selbst durchzulesen. Der Finanzminister hat die altgepflegte Auffassung Möllers von den sieben fetten und mageren Jahren sich nicht zu eigen gemacht